

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbblatt und Anzeiger).

Redaktion: Tageblatt Riesa,
Straße Nr. 22.

Hofpostamt: Leipzig 21000.
Straße Riesa Nr. 22.

für die Amtshauptmannschaft Großenhain, das Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 55.

Montag, 8. März 1920, abends.

73. Jahrg.

Der Riesener Tageblatt erscheint jeden Tag abends 18 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorabzahlung, monatlich 8,- Mark ohne GuV-Gebühr, bei Abholung des Exemplares an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 43 mm breite, 3 mm hohe Grundschreibzettel (7 Silben) 80 Pf., Ortspreis 70 Pf.; reitende und tabellarische Sätze 50% Aufschlag. Nachzeitungs- und Vermittlungszettel 30 Pf. Beste Tarife. Bewilligter Rabatt erhält, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muss oder der Käufergeber im Betrieb der Druckerei, der Buchdruckerei und Druckerei hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verkauf: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 50. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Ausführungsbestimmungen

zu der Verordnung des

Reichswirtschaftsministers über die Erhöhung des Geldeinschlages zur Überwachung des Mangels an Ress.- und Brennstoffen vom 29. November 1919 (RGBl. S. 1925).

Auf Grund von § 1 der Verordnung über die Erhöhung des Geldeinschlages hat der Reichswirtschaftsminister bestimmt, dass der Mehrverbrauch der Länder an Ress.- und Brennstoffen in der Zeit vom 1. Oktober 1919 bis zum 30. September 1920 grundsätzlich auf 1/3 des Einschlages vom Jahre 1912/13 zu bemessen ist.

Das Wirtschaftsministerium ordnet daher nach Gehör des Landeskulturrats im Einvernehmen mit dem Finanzministerium folgendes an:

1. Die Waldbesitzer haben in den laufenden Wirtschaftsperiode längstens bis 30. September 1920 an Laub- und Nadelholzholz 1/3, mehr einzulagern, als sie in der Zeit vom 1. Oktober 1912 bis 30. September 1918 eingeschlagen haben. Zur Durchführung dieses Geldeinschlages werden sie nach Möglichkeit auch Sommerfällungen, insbesondere in Nadelholzbeständen, vornehmen müssen.

2. Die Amtshauptmannschaften und Stadträte der Städte mit revidierter Städteordnung haben dem Wirtschaftsministerium den Einschlag des Jahres 1912/13 bis zum 1. April d. J. anzugeben und haben die einzelnen Waldbesitzer ihrer Verwaltungsbereiche abzuhalten, den um 1/3 erhöhten Einschlag, im ganzen also 1/3 des Geldeinschlages des Jahres 1912/13 bis längstens Ende Juni d. J. durchzuführen. Neben die eingeschlagenen Mengen haben sie bis zum 15. Juli d. J. an das Wirtschaftsministerium zu berichten. Auch ist darüber zu warnen, dass der angegebene Einschlag tatsächlich erfolgt. Zu dieser Überwachung steht das Finanzministerium auf Anttag Staatsforstbeamte zur Verfügung. Wo dies nicht möglich ist, vermittelt der Landeskulturrat geeignete Forstfachverständige.

3. Die Amtshauptmannschaften und Stadträte mit revidierter Städteordnung haben die Verpflichteten erforderlichst durch Zwangsmassnahmen gemäß § 2 Abs. 2 der Reichsverordnung vom 29. 11. 1919 zur Vornahme des ihnen auferlegten Einschlages anzuhalten.

4. Soweit nötig, ist der Einschlag nach fruchtlosem Ablauf der für die Vornahme des Einschlages festgelegten Frist durch Dritte auf Kosten des Verpflichteten vornehmen zu lassen. Der vorläufig zu bestimmende oder der endgültig festgestellte Kostenbetrag ist im Fawangsweg von dem Verpflichteten einzuziehen. Die zu erkratzenden Kosten dürfen 1/3 des Erlöses nicht überschreiten (§ 2 Abs. 3 der Reichsverordnung vom 29. 11. 1919).

5. Die Bewilligung von Ausnahmen in besonderen begründeten, bei der Amtshauptmannschaft oder dem Stadtrat anzubringenden und von diesen zu begutachtenden Fällen bleibt dem Wirtschaftsministerium vorbehalten.

Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Bekanntmachung in Kraft.

Dresden, am 5. März 1920.

Wirtschafts-Ministerium.

42 a V 2
16651

Bekanntmachung,

die Anwendung der zweiten Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 14. Januar 1920 (RGBl. S. 50) auf die Kreditgenossenschaften betreffend.

Zu Nr. 37 Steuer-Lieg. C.

Im Übereinstimmung mit einem Schreiben des Reichsministers der Finanzen vom 14. Februar 1920 III P 8111 wird folgendes angeordnet:

Kreditgenossenschaften (Spar- und Darlehnskassen), die bei Inkrafttreten des Gesetzes gegen die Kapitalflucht vom 8. September 1919 (RGBl. S. 1840) noch bestanden haben und die einen Revisionsoerbaude nach § 54 I. des Gesetzes, betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften in der Fassung vom 20. Mai 1898 (RGBl. S. 810) geschlossen sind, wird, auch wenn sie die rechtzeitige Anmeldung ihres Betriebes nach § 76 des Reichstempelgesetzes in der Fassung vom 26. Juli 1918 (RGBl. S. 799) versäumt haben, die Fortführung ihres Geschäftsbetriebes im Sinne von § 1 Abs. 1 der Verordnung über Maßnahmen gegen die Kapitalflucht vom 14. Januar 1920 (RGBl. S. 50) gestattet.

Finanzministerium. Für den Minister: Voray. 16670

Bekanntmachung.

Das dem Arbeitsministerium angegliederte Landeskohlenamt hat vom 1. März d. J. an die Geschäfte der Koblenzerhöfung auch für das Land Sachsen-Altenburg mit übernommen. Das Landeskohlenamt führt infolgedessen von jetzt ab die Gesellschaftsbezeichnung: Landeskohlenamt für Sachsen und Sachsen-Altenburg. In Altenburg ist eine Nebenstelle des Landeskohlenamtes errichtet worden, die die Geschäfte führt als Landeskohlenamt für Sachsen und Sachsen-Altenburg Zweigstelle Altenburg.

Dresden, am 3. März 1920.

Arbeitsministerium.

279 K
16671

Nationalversammlung.

wib. Berlin, 6. März.

Präsident Ehrhardt eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min. Die zweite Beratung des Entwurfs eines

Bundesteuergesetzes

wird fortgesetzt, und zwar beim § 6. Die Instanz bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Finanzminister und einer Landesregierung ist der Reichsfinanzrat, bei Fragen, ob Landes- oder Gemeindesteuern die Reichssteuern schädigen, der Reichstag. Abg. Düringer (Dn.) will die Regierungsvorlage wiederherstellen, die statt des Reichstages den Reichsrat fest. Ferner beantragt er, dass Reichsfinanzbeamte nicht zugleich Vertreter der Länder im Reichsrat sein können. Abg. Hesse (Dem.) hält diesen Antrag nicht für vereinbar mit der Verfassung. Den Ländern müsse es freikommen, in den Reichsrat zu senden, wen sie wollen. Ein Teil seiner Gründe sei genug, die Vorlage mit dem Reichsrat wieder herzustellen. Abg. Dr. Beder (D. Sp.) wünscht ebenfalls die Wiedereinführung des Reichstages. Regierungseitig werden diese Ausschüttungen unterstellt. Gründe des Staatsinteresses und der Zweckmäßigkeit sprächen dafür. Der Antrag Düringer betrifft Reichsrat wird hierauf angenommen. Der § 8 besagt: Die Länder erheben Steuern vom Grundvermögen und vom Gewerbebetrieb. Abg. Weßlich (Dn.) tritt für einen Antrag Beder-Hessen ein, der die Möglichkeit beschränkt. Abg. Bärcke (Dn.) beantragt, dass Berechnungen über Wert und Ertragsfähigkeit von Grunde und Boden nicht entscheidend bei der Beurteilung sein sollen, wenn sie länger als 25 Jahre zurückliegen. Regierungseitig wird um Ablehnung des Antrages Beder gebeten. Abg. Dr. Beder (D. Sp.) spricht für seinen Antrag. Abg. Hesse (Dem.) ist mit der Tendenz des Antrages Beder einverstanden, der aber noch anders formuliert werden muss. Abg. Düwel (Unabh.) beantragt die Beteiligung der Gemeinden und Gemeindeverbände an den Ertragsteuern. Abg. Bärcke (Dn.) zieht seinen Antrag zurück, angeblich einer vorliegenden in der gleichen Richtung gehenden Entscheidung. Der Antrag Beder-Hessen wird

abgelehnt, die Entscheidung wird angenommen. Zu § 9 wird der Antrag der Mehrheitsparteien angenommen, die Regierungsvorlage wieder herzustellen, wonach Besteuerungsmerkmale bei Ertragsteuern, die auf die Berücksichtigung der persönlichen Leistungsfähigkeit hinzielen, nicht zu Grunde gelegt werden sollen. § 14a berechtigt die Reichstagsgelehrten, Zuschläge zu den Reichsteuern zu erheben. Abg. Dr. Mummm (Dn.) beantragt eine andere Fassung. Dieser Antrag wird angenommen. Bei § 15 beantragt Abg. Bärcke (Unabh.) die Wiederherstellung der Regierungsvorlage, die die Quote der Länder für die Einkommensteuer festsetzt, während der Ausbau Länder und Gemeinden am Utrage der Einkommensteuer und der Abverdienststeuer mit zwei Dritteln beteiligen will. Von einem Regierungsvorsteher Preußens wird die Annahme der Ausschüttung empfohlen, von einem Vertreter Bayerns dagegen die Annahme der Regierungsvorlage. Abg. J. Tr. (Bay. Sp.) will die Regierungsvorlage wieder herstellen. Abg. Grüüber (Soz.) widersteht dem. Abg. Hesse (Dem.) tritt für die Ausschüttung ein. Der § 15 wird sodann in der Ausschüttung angenommen, ebenso eine Anzahl weiterer Paragrafen. Auf Antrag Beder-Hesse (D. Sp.) werden zusätzlich zwei Paragrafen § 2a und § 2b angenommen, die die Gemeindebeschlüsse betreffend eine Steuer auf das von der Einkommensteuer nicht erfasste Mindesteinkommen anzeigen. Weitere Paragrafen werden hieraus in der Ausschüttung mit unveränderten redaktionellen Änderungen angenommen. Zu § 23, der den Ländern die Einnahmen in der bisherigen Höhe gewährleistet, beantragt Hesse (Dem.) die Erhöhung der in der Ausschüttung vorgelegten ausführlichen Steuerungen zum Auskommen von 1919 von 6 auf 25 Prozent. Der Antrag wird angenommen. Der § 27, der Änderungen der Vorschriften über die Befreiung der Länder und Gemeinden am Utrage der Reichsteuer als Verfahren ändert, wird vom Ausbau gestrichen worden. Dagegen wird im § 29 der Abz. gestrichen, der das Vorbehaltenerungsrecht von 1919 aufheben wollte. Der Rest des Gesetzes wird sodann erledigt. Bedenkt: Ehrhardt schildert vor, auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung am Montag 2½ Uhr zu legen Grundschule, Be-

sitzsteuer, 3. Beratung der Reichssteuern, der Kapitalertragsteuer u. a. Abg. Schulz (Dn.) erhebt Einwände gegen die Aufstellung der Beiträge. Dieses Gesetz ist nicht dringend. Es entlastet mich eine längere Gesellschaftsordnungsdelikte. Bei der Abstimmung entscheidet sich die Mehrheit für den Vorschlag des Präsidenten. Schluss gegen 6 Uhr.

Präsidentenwahlkandidatur Hindenburgs.

Die "Teleg. Union" gibt folgende Veröffentlichung weiter: In weiten volkstümlichen Kreisen erhält immer lauter der Name des Generalfeldmarschalls von Hindenburg als Kandidat für die bevorstehende Neuwahl des Reichspräsidenten aufgestellt. Wenn einer geeignet ist, die Hoffnungen zu erfüllen, so ist es Hindenburg, der über allen politischen Gegnern und allem Streit der Parteien stehend das Vertrauen des ganzen Volkes genießt und in seiner Person den Einheits- und Ordnungswillen aller wahren Freunde unseres Vaterlandes verkörpert. Es besteht kein starker Grund zu der Annahme, dass der Generalfeldmarschall trotz des ihm zugemachten Opfers sich einem solchen Wunsche nicht verlegen wird, wenn es ihm aus unserem Volke heraus entgegengebracht wird.

Ferner wird aus Berlin gemeldet: Ein Aufruf für die Präsidentenwahlkandidatur Hindenburg, der in der Berliner rechtstümlichen Presse veröffentlicht worden ist, verdeckt seine Unterstützung einem Beschluss der Parteileitungen der Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei. Schon am Montag wird ein Aufruf veröffentlicht werden, der von mehreren hundert Männern und Frauen aus allen Teilen des Reiches und aus allen Standen unterzeichnet ist und der zur Wahl Hindenburgs auffordert. Wie es heißt, ist die Aufstellung Hindenburgs im Kreise der beiden Parteileitungen nicht ohne Widerstand erfolgt. Man habe auf das Votum Alters Hindenburgs und auf die mit einem Wahlkampf verbundenen Angriffe auch gegen die Person Hindenburgs eingewiesen, diese Einwände seien aber für nicht durchdringend gehalten, man hoffe vielmehr, dass Hindenburgs Volksstimmlaute so groß sein wird, dass er

Bei dem Fortschreiten der Vegetation nimmt die unterzeichnete Amtshauptmannschaft Veranlassung, vor der Beschädigung von Bäumen durch Abbrechen von Zweigen und Ästen, sowie vor dem unbefugten Betreten von Wiesen und Wiesen zu warnen und an das Publikum die Wieso zu richten, etwaigen Ausschreitungen in dieser Richtung nach Kräften entgegenzutreten, insbesondere auch den bestellten Aussichtsorganen und Flur-ausfließenden die wünschenswerte Unterstützung anteil werden zu lassen.

Angleich wird darauf aufmerksam gemacht, dass die Beschädigung von Bäumen und Sträuchern durch Abbrechen von Zweigen usw., soweit nicht schwerere Strafbestimmungen zu 300 Pf. oder mit Haft bestraft wird.

Unter diese Strafbestrafung fällt vor allem auch die Entfernung von Weiden-

fächern aus dem Walde, vom Felde oder aus Gärten. Mit Rücksicht aber auf die

bedeutende Bedeutung der Weidenfächer für Bienennutz und Pollenschaffung wird auf

Grund einer Verordnung des Ministeriums des Innern vom 23. Februar 1920 (abgedruckt

in Nr. 48 der östl. Staatszeitung) auch schon das gewerbemäßige Betrieben, Verkennen,

Verkaufen, sowie das sonstige Veräußern von Weidenfächer oder ähnlichen tragenden

Wiesen der Weide, soweit es sich nicht um in Handelsgärtnereien zum Schnitt angepflanzte

und gezogene Weiden handelt, verboten und mit Geldstrafe bis zu 150 Pf. oder mit

Haft bis zu 6 Wochen bedroht. Diese Strafe trifft auch denjenigen, der einen erlaubten

Erwerb der Weidenfächer nicht nachweisen kann.

Schließlich wird darauf hingewiesen, dass nach § 368 Abs. 9 des Reichsstrafgesetzes mit Geldstrafe bis zu 60 Pf. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft wird, wer

unbefugt Gärten oder Weinberge oder vor beendeter Frucht Wiesen oder bestellte Äcker

oder solche Äcker, Wiesen oder Schonungen, welche mit einer Einfriedigung versehen

sind oder deren Betreten durch Warnschilder unterlegt ist, betritt.

Großenhain, am 6. März 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

592 a EL

Bekanntmachung.

Die elektrische Kraft steht den Landwirten in der Zeit bis 14. 46. Mz. seitens des Elektrizitätswerkes Gröba zum Dreschen uneingeschränkt zur Verfügung.

Großenhain, am 6. März 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Die Amtshauptmannschaft hat für die Gemeinde Miersdorf die Bestimmungen in

§ 5 und 6 der Bekanntmachung zum Schutz des Mieter und in § 2-5 der Bekannt-

machung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel, beide vom 23. September 1918, in

der Fassung vom 22. Juni 1919 mit der Maßgabe in Kraft gesetzt, dass der Gemeinde-

vorstand zu Miersdorf verpflichtet ist, Anordnungen nach § 5 der Mieterbeschütz-

ungskommission zu treffen.

Großenhain, am 4. März 1920.

Die Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 378 des Handelsregisters, die Firma Max Schäfer, Fabrikunternehmung

in den Umschlagsvätern in Riesa vormal. Theodor Schäfer in Riesa betr., ist heute

eingetragen worden: In das Handelsregister sind 12 Kommanditisten eingetreten. Die

im Betriebe des Geschäfts entstandenen Verbindlichkeiten des bisherigen alleinigen

Inhabers.

Amtsgericht Riesa, den 5. März 1920.

Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 578 des Handelsregisters, die Firma Friedrich Wilhelm Stoy, Handelskontor und Verkaufsstelle Ehem. Techn.-Laboratorium in Riesa eingetragen worden.

Amtsgericht Riesa, den 4. März 1920.

Amtshauptmannschaft.

Auf Blatt 24 des Genossenschaftsregisters, die Hobroff- und Viehverwertungsge-
ossenschaft für das Schmelzbergewerbe zu Riesa, c. G. m. b. H. in Riesa betr., ist heute ein-
getragen worden: Max Hobroff ist nicht mehr Mitglied des Vorstandes. Der Schneider-
meister Otto G

auch über die Reihen der Reichsparteien hinaus Stimmen erhalten wird. Für die Kandidatur Hindenburgs wolle auch der Reichsbürgerrat eintreten. Das Zusammentreffen der Veröffentlichung eines Telegrammes des Reichsbürgerrates mit der Ankündigung der Präsidentenkandidatur Hindenburgs sei kein ausßiges, sondern ein verabredetes.

Der Reichsbürgerrat verlangt in einer Auskundung an die Nationalversammlung, daß die Wahl des Reichspräsidenten nicht durch die abgegebenden Körperschaften, sondern durch eine Volksabstimmung erfolge.

Während die gesamte rechtsliegende Presse in nachdrücklicher Form für Hindenburgs Amtsdauer eintritt, erhebt sich auf der linken Widerstand. Die alibedeutsche "Deutsche Zeitung" schreibt: "Was ist es denn, was den Generalfeldmarschall in so ganz besonderem Maße als geeigneter für das Amt des Reichspräsidenten erscheint? Sondern einmal: er steht hoch über allen Parteien. Er hat es immer abgelehnt, sich für die eine oder andere Partei zu entscheiden. Ihm ist das Wohl des ganzen Volkes oberstes Geiz. In ihm verdeckt sich der Gedanke, daß die Wirkungslösung bis zum äußersten die erste Pflicht jedes Dieners im Staate ist, jene Ausfassung, die seit Friedrich dem Großen Gemeinkunst aller Staatsdienst in Preußen gewesen ist. — Die 'Freiheit' spricht vom deutschen Pat. Nacho. Hindenburg lädt nachgerade besser daran, auf den Vorbereden seiner Freie auszurufen. — Der 'Vorwärts' sagt: 'Wir haben niemals Lust verspürt, dem geschlagenen Heldentum ihres Vaterlandes vorzuhalten und würden es auch heute nicht tun, wenn er in der Haltung verharre, die einem Mann gespielt, der den größten und verlustreichsten Krieg der Weltgeschichte zum ungünstlichen Abschluß für Deutschland gebracht hat. Erhebt dieser Mann aber Anbruch, an die Spize des Landes zu treten, so ist er uns, den Hindenburg der deutsch-nationalen Legende dem wirklichen Hindenburg öffentlich gegenübergestellt. Was von militärischen Erfolgen während des Krieges auf Hindenburgs persönlichen Kontos kommt, darüber urteilt man am besten, wenn man die Ausprache seiner nächsten Umgebung im vertrauten Kreise kennt. Weiter meint der 'Vorwärts', eine Präsidentschaft Hindenburgs würde vom ganzen Ausland als die Herrschaft der alibedeutschen Militär- und Käffekäste aufgefaßt werden. Das wäre das Ende der Bewegung zur Revision des Friedensvertrages. Hindenburg habe sich von den Habsburgerlich und Ludendorffischen zu mancher Unnachtheit tragen lassen, die Präsidentenkandidatur wäre die grösste. — Die 'Volksliche Zeitung' sagt, bei einem Teil der Befürworter einer Kandidatur Hindenburgs seien politische Hintergedanken unbefriedigbar, und meint, ein Mann, der soviel für ein Volk getan habe, hätte das Recht, von neuer Verantwortung bereit zu bleiben. — Von den katholischen Organen gibt die 'Gemania' der Erwartung Ausdruck, daß Hindenburg befähigt sei, als die Befürworter des Planes. Es sei gegenwärtig ausgeschlossen, daß sich das gesamte Volk auf die Kandidatur Hindenburgs vereinige. Parteipolitische Schwierigkeiten schienen den Plan geboren zu haben.

Die Aulehgehwährung an Deutschland.

Die französische Regierungspresse gibt zu, daß die Londoner Verhandlungen über die Genehmigung einer deutschen Auslandsanleihe zum Ziel führen dürften. Die französisch formulierte, daß die Ausgabe der Anleihe unter Aufsicht der Wiedergutmachungskommission erfolgen müsse, sei angenommen. Diese Kommission werde den Zeitpunkt und die Bedingungen der Anleihe, ebenso wie die Garantien und die Tilgungsfrist zu bestimmen haben. Dem "Echo de Paris" zufolge hat Frankreich das Zugeständnis gemacht, daß es den Wiederaufbau seiner zerstörten Gebiete als eine internationale Aufgabe behandeln wolle, womit wohl gesagt sein soll, daß Frankreich seinen Widerpruch gegen die Mitarbeit deutscher Fachleute und Arbeiter aufgegeben will.

Das wirtschaftliche Manifest, das, wie der "Tempo" Sonnabend abend mitteilte, auf Verlangen der französischen Regierung einige Änderungen erfahren hat, soll Freitag abend von London nach Paris telegraphiert worden sein, um zur Genehmigung dem Ministerpräsidenten Millerand unterbreitet zu werden. Inzwischen aber ist in London, wie ebenfalls der "Tempo" feststellt, ein Auszug des Manifestes veröffentlicht worden. Das Memorandum beschäftigt sich zuerst mit dem Wechselkurs und sieht dann fort, die Verträge, die von den Regierungen unternommen worden seien, den Wechselkurs zu verbessern, könnten die vollen Wiederherstellung der Woge nur verstören. In der Zwischenzeit müssen Mittel gefunden werden, um den Zusammenbruch der gesetzlichen Operationen zu verhindern. Der Oberste Rat glaube, daß die notwendigen Kredite gefunden werden müßten, sobald die europäischen Regierungen Maßnahmen getroffen hätten, um Vertrauen in ihre wirtschaftliche und finanzielle Politik zu gewinnen. Der Oberste Rat erkennt an, daß die Wiederaufstellung der verwüsteten Gebiete und besonders der verwüsteten Gebiete Frankreichs für die europäische Wiederaufstrukturung unbedingt erforderlich sei. Ferner habe er die besondere Lage Deutschlands ins Auge gefaßt, wo augenblicklich jedes Unternehmen gehemmt sei, und jeder Versuch, Handelskredite zu erlangen, fehlgeschlagen, und zwar aus dem Grunde, weil seine Bemühungen zur Wiedergutmachung noch vollkommen unbekannt seien. Der Oberste Rat glaubt deshalb, es wäre außerordentlich wünschenswert und liege im Interesse der alliierten Länder, wenn im Interesse Deutschlands die gesamte Einigung der Wiedergutmachung, die Deutschland gepaßt sei nach dem Friedensvertrag von Versailles zu bezahlen, sobald wie möglich festgestellt werde. Der Oberste Rat glaube, daß Deutschland in die Lage versetzt werden müsse, die notwendigen Ressourcen und Ressourcen zu erhalten, und wenn dies nach der Ansicht der Wiedergutmachungskommission notwendig sei, müsse es bereitstehen, eine Anleihe im Auslande aufzunehmen. Der Oberste Rat ist übereingekommen, gewisse Leistungen aufzustellen, um die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Europas zu vermindern. Es scheine ihm von großer Bedeutung zu sein, daß die Friedensverhältnisse so rasch wie möglich wieder hergestellt würden. Die Armen müßten aber auf den Friedensstand zurückgeführt werden. Die Regierung müßte sofort die Mittel prüfen, um ihrem Volke die vitale Notwendigkeit zu verdeutlichen, jede Übertriebung einer Ausgabe zu vermeiden und die notwendigen Ausgaben auf das äußerste zu beschränken. Maßnahmen müßten auch getroffen werden für die Herausstellung des Kredites und für die Einschränkung des Banknoten-Umlaufes.

Was die verwüsteten Gebiete und namentlich die im Norden von Frankreich betrifft, so erklärt das Memorandum, daß die Wiederaufstrukturung von großer Bedeutung für die wirtschaftliche Wiederaufstrukturung Europas und für die Wirtschaft zu normalen wirtschaftlichen Beziehungen sei. Diese Wiederaufstrukturung sei, die große Kapitalien erfordere, die man nicht aus den laufenden Einnahmen befreien könne, könne jedoch nicht aufgeworben werden bis zur Bezahlung der im Friedensvertrag von Versailles Deutschland auferlegten Summen. Deshalb erachtet der Oberste Rat für notwendig, daß die Kapitalien für die Wiederaufstrukturung der verwüsteten Gebiete durch Anteile gefunden werden müßten, als deren Garantien die Wiedergutmachungsummen, die von Deutschland in Ausführung des Friedensvertrages zu verlangen seien, gelten müßten. Der Oberste Rat sei ferner entschlossen, im gemeinsamen Interesse Deutschlands und seiner Gläubiger die Deutschland auferlegten Zahlungsfristen aufzukündigen, und er habe beschlossen, von seinen Delegationsmitgliedern und dem Präsidenten der Wiedergutmachungskommission an persönlich an-

se Deutschland von der Verlängerung dieser Fristen in Kenntnis legten und es fragen, ob es damit einverstanden sei, wie dies im Briefe vom 15. Juni 1919 ausgeschrieben sei, daß so bald wie möglich auf der Grundlage der Siedlungsmöglichkeit die Siedlungsumme festgestellt werde, die Deutschland als Entschädigung zu bezahlen habe.

Zu einem schweren Zusammentreffen

sam es in der Nacht zum Sonntag im Hotel Adlon zwischen Prinz Joachim Albrecht von Preußen und anderen deutschen Gäste einerseits und drei Mitgliedern der französischen Militärmision, Kapitän Klein, Hauptmann Strauß und Generalstabschef Tumarch, andererseits. Als gegen 10 Uhr die Kapelle im kleinen Saal neben dem Bistro "Deutschland, Deutschland über alles" spielte, erhoben sich die deutschen Gäste, während die Franzosen sitzen blieben. Der Prinz, der mit einem früheren russischen Stabsrat bereits einige Flaschen Wein getrunken hatte, sprang erregt auf und rief den französischen Herren zu: "Aufstehen, sonst raus!" Da dieser Aufforderung keine Folge geleistet wurde, warf der Prinz eine Blumenkrone nach dem Militärtisch, wo die Gläubiger saßen. Andere Gäste folgten seinem Beispiel. Als der Prinz in makabrer Erregung mit einem schweren Kerzenhalter auf seine Begleiter, die sich kräftig verteidigten, einzuschlagen versuchte, umringten ihn die Gläubiger und drängten ihn hinaus. Den französischen Herren, die still trugen, waren teilweise die Kleider zerrißt, auch hatten sie Beulen, Quetschungen und Schnittwunden davongetragen. Der Prinz soll während schon vor einigen Tagen einen persönlichen Zusammentreffen mit dem Kapitän Klein gehabt haben. Der Vorfall wird jedenfalls auch ein gerüchtiges Nachspiel haben. Prinz Joachim Albrecht, der zweite Sohn des Prinzen Albrecht, ist 44 Jahre alt und gehörte i. S. der Schützenkompanie.

Anmerkung zu W. T. B.: Prinz Joachim Albrecht bestreitet telefonisch dem W. T. B. gegenüber, daß er in solcher Weise an dem Vorfall beteiligt gewesen sei. Er habe in Gesellschaft anderer Persönlichkeiten in einer Ecke gesessen und habe den Verlauf des Zwischenfalls nicht einmal verfolgen können, weil zwischen seinem Tische und dem Tische der französischen Gäste eine gröbere Anzahl Personen sich aufgestellt hätte; auch habe er keinerlei Gegenstände geworfen.

Der Reichswehrminister hat verkündet, daß Prinz Joachim Albrecht von Preußen und Rittmeister von Platzien, der gleichfalls an dem Zwischenfall im Hotel Adlon beteiligt war, vorläufig in Sicherheit genommen werden. W. T. B. bringt ferner folgende amtliche Auskunft: In letzter Zeit haben sich in Berlin verschiedene unliebsame Parteien mehr oder weniger ernsthaft auf zwischen deutschen Städt. und Militärs einerseits und Mitgliedern der auf Grund des Friedensvertrages hier tätigen Internationalen Untersuchungskommission andererseits ereignet. In denselben Fällen, wo die Namen der dabei Beteiligten bekannt sind, ist von den zuständigen Stellen unverzüglich eine Untersuchung eingeleitet worden, und es wird, soweit sich auf einer oder anderen Seite eine Schuld ergibt, entsprechend eingeschritten werden. Wie immer das Ergebnis dieser Untersuchungen ausfallen wird, so kann nicht nachdrücklich genug darauf hingewiesen werden, daß, wie deutlicherweise von den Mitgliedern dieser und ähnlicher Kommissionen ein korrektes Auftreten verlangt wird, in gleicher Weise auch von jedem einzelnen Deutschen ein angemessenes und würdiges Verhalten gegenüber den im Dienste ihrer Regierung eingesetzten internationalen Untersuchungskommissionen erwartet werden muss. Die Folgen jeder Abweichung davon, mögliche solche sich in Worten oder in Täglichkeiten äußern, fallen in letzter Linie auf das ganze deutsche Volk zurück, weil dadurch nicht nur das deutsche Volk geschädigt, sondern auch die Verhandlungen mit den Ausschüssen beeinträchtigt und Anlaß zu Entschädigungsforderungen gegeben wird.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Auseinandersetzung des Urteils im Fall Möckling. In Berlin wird bekannt, daß der Staatsanwalt in Paris das Urteil gegen die Mitglieder der Familie Möckling, das vor dem Kriegsgericht in Amiens gefällt wurde, aufgehoben und das Verfahren an das Kriegsgericht zurückgeworfen.

Die Auflösung der Schiffe. "Daily Mail" meldet aus Paris: Die Auflösung der rektischen deutschen Handelsflotte hat bis Mitte April zu erfolgen, wie dem deutschen Geschäftsträger in Paris bekannt gegeben wurde. Nach Mitteilung der Marin kontrollkommission in Berlin hat Deutschland noch 21 Handels schiffe, über 1800 Tonnen abzuliefern.

Wiederaufkäufung deutsch-französischer Handelsbeziehungen. Eine fränkische Schuhwarenfabrik erhielt von einem französischen Handelskäufer ein Schreiben, worin es diese um die Vertretung der Firma erucht. Am Schluß des Briefes steht es: "Sie haben beide gefälscht und jetzt hat die Mark und der Franc fast keinen Wert mehr, während der Dollar und das englische Pfund immer höher liegen. Versuchen Sie es in Deutschland, wie wir es auch in Frankreich tun, alle Feindseligkeit zu vergessen, so ist zu hoffen, daß nach diesem bösen Traum wieder bessere Tage kommen werden.

Bei den Tarifverhandlungen zwischen den Landarbeitern und Arbeitgebern Pommerns in Stralsund wurde die Höhe des Deputaten festgelegt, dagegen konnte in der Frage des Barolins für freie Arbeiter und der Schnitterlinie noch keine Einigung erzielt werden. Die ältere Division hat zwecks Überleitung in zivile Berufe sich zu Arbeitsgemeinschaften von je 3000 Mann zusammengetroffen, die demnächst zur Hilfeleistung bei der Brühlabsatzbestellung nach Pommern befördert werden sollen.

Die Abstimmung in der zweiten Zone Schleswig. Der Deutsche Ausdruck für das Herzogtum Schleswig teilt mit: Da aus den Befürchtungen hervorgeht, daß immer noch Unklarheiten über den Tag der Abstimmung in der zweiten Zone herrschen, machen wir hiermit nochmals ausdrücklich bekannt, daß die Abstimmung am 14. März stattfindet.

Das Treiben gegen die Bergarbeiter. Die Reichs arbeitsgemeinschaft für den Bergbau verurteilt in einer Entschließung das sich in Plakaten, Zeitungsanzeigen und Notizen gegen die Bergarbeiter richtende Treiben, weil es die Arbeitsfreudigkeit der Bergarbeiter läßt und dadurch die Leistung beeinträchtigt.

Erzbergers Steuererklärungen. Wie der "Lotharanger" erläutert, sind die amtlichen Untersuchungen über Erzbergers Steuererklärungen nunmehr abgeschlossen. Die Veröffentlichung würde wohl erst nach der Uteilszählung im Helfrichsprojekt erfolgen.

Die deutschen Kolonien. Eine Kommission der Friedenskonferenz beschäftigte sich mit der Organisation der Verwaltung der ehemaligen deutschen Kolonien. Hinzu, darunter sollen solche unter belgische Verwaltung kommen. Es werden Maßnahmen für den Bau einer Eisenbahnlinie bis Uganda, welche Uganda mit dem Tanganyika-See verbinden soll, getroffen. Belgien erhält die Freiheit und dem Tanganyika-See nach Dares Salaam zu transportieren.

Italien vor der Revolution! Die "Telegraphen-Union" meint: Die innere Lage Italiens ist als sehr gespannt zu bezeichnen. Die Regierung trifft energische Maßnahmen gegen eine zu erwartende Revolution. Südtirolerische Truppen wurden als besondere Regierungsmiliz aufgestellt und über das ganze Land verteilt. Man

hofft mit ihrer Hilfe und zusammen mit den Karabinieri noch einmal eines kommunistischen Aufstandes oder Generalstreiks zu verhindern. Ungefährlich der Untergang, die sich in Italien aufstellen, sind verhindert worden, daß es für sie ratsam ist, abzureisen, da die Regierung seinerseits eine Sicherheit übernehmen kann. Der Haß gegen Frankreich ist allgemein, man spricht offen von einem Kriege gegen Frankreich bei günstiger Gelegenheit. Im Auslande weilen Italiener sind bemüht, sie möchten eine etwa für die nächste Zeit beabsichtigte Heimkehr beschleunigen.

Vorarlberg. Der Eisenbahnerstreik ist beendet. Wie die Blätter melden, ist die Befreiung in Vorarlberg aufgelöst. Nach einer Massenversammlung aus Bregenz haben die streitenden vorarlbergischen Eisenbahner Genugtuung erhalten, so daß der Bahnverkehr wieder aufgenommen werden konnte. Der Grenzvertrag zwischen Portugal und Spanien ist wiederhergestellt.

Die Kämpfe im Murmanaschiet. Nach den heim Generalstab eingegangenen Nachrichten hat General Stoebe, der Kommandant der weißen Armee des Murmanaschiet, die Bolschewistenlinie durchbrochen und die polnische (?) besiegt.

Örtliches und Sächsisches.

Nielsa, den 8. März 1920.

* Offizielle Sitzung des Stadtratvereins. Rölligum am Dienstag, den 9. März 1920, nachmittags 5 Uhr. Tagesordnung: 1. Bewilligung der Mittel zur Teilung einer Wohnung im Grundstück Bismarckstraße 11. 2. Bewilligung von 300 M. zur Errichtung für das Abstimmungsgebiet. 3. Bewilligung der Kosten zur Verbesserung des Ofens für das städt. Grundstück Lübeckstraße Nr. 18. 4. Beschaffung eines Motorfahrzeugs für das Gaswerk. Berichterstatter: Herr Stadt. Siebler. 5. Erhöhung der Familiensubsidie für Erwerbstätige. Berichterstatter: Herr Stadt. Schönbusch. 6. Errichtung einer Wagenhalle für die Automobillinie Reichen-Nielsa in der Kaiserstraße. Berichterstatter: Herr Stadt. Sieber. 7. Bewilligung der Kosten zur Erneuerung der Einrichtung der Gärten an der Schönbuschstraße. Berichterstatter: Herr Stadt. Schönborn. 8. Erneuerung der Jahnstraße an der Brüdermühle. Berichterstatter: Herr Stadt. Sieber. 9. Errichtung der Verglasungen für die Benutzung der Turnhallen durch die Turnvereine. Berichterstatter: Herr Stadt. Tröger. 10. IV. Nachtrag zur Ordnung der Stadt. Schlosshof zu Nielsa vom 29. 7. 09 und der dieser angefügten Gebäudenordnung. Berichterstatter: Herr Stadt. W. Schneider. 11. X. Nachtrag zur Ordnung für den städt. Schlosshof zu Nielsa vom 29. 7. 09 und der dieser angefügten Gebäudenordnung. Berichterstatter: Herr Stadt. W. Schneider. 12. Bewilligung der Kosten zur Erneuerung der Einrichtung der Gärten an der Magdestraße. 13. Bewilligung der Kosten für den Umbau der unbefüllten Schankräume im Grundstück Lübeckstraße 38 zu Wohnwohnen. Berichterstatter: Herr Bürgermeister Wende. 14. Bereitstellung des sog. Schwarzen Platzes als Sportplatz. Berichterstatter: Herr Stadt. Sieber. 15. Mittelstellungen. — Nichtöffentliche Sitzung. — Es sind 5 Männer festgenommen worden, die im beobachteten Verdacht stehen, fortgesetzte größere Einbrüche in unserer Stadt verübt zu haben. Es wurden bei ihnen mehrere Werkzeuge, eine gefälschte Schuhwafer, zwei größere Bunde verschiedenartige Schlüssel und andere Gegenstände vorgefunden. Sie waren von Berlin hier zugereist und hatten unmittelbar nach ihrer Ankunft in einer kleinen Gastwirtschaft ein Bad vor der Aufbewahrung gegeben, worin sich ein großer grauer Sarf, ein moderner Schraubenzieher, zwei idiotische Stahlmeißel und eine Zange befanden. Jedenfalls war von ihnen ein erneuter größerer Einbruch hier beabsichtigt. Die Verhafteten sind etwa 24 bis 28 Jahre alt und mit grauen Westen und hellgrauen Wallonmützen bekleidet gewesen. Insofern sie als Täter der hier verübten Einbrüche in Frage kommen, müssen die weiteren Erörterungen ergeben. Sollten auf Grund der hier gegebenen Beschreibung Personen sich erinnern, die Verhafteten früher hier gehabt haben, so wird um Mitteilung an die Polizei gebeten.

* Die Röhr im sächsischen Erzgebirge. Die im Auslande infolge der großen wirtschaftlichen Not und des Kindereinkommen erwachte Aufmerksamkeit hat eine Reihe ausländische Journalisten veranlaßt, sich durch persönlichen Einblick zu informieren. Am Sonnabend und folgenden Tag fand eine durch Vermittelung der Reichsregierung organisierte Reise in die von der Not am meisten betroffenen Bezirke statt. Die Führung hatte der Redakteur vom "Vorwärts", Erwin Barth, übernommen. Die Teilnehmer vertreten amerikanische, englische, schwedische, dänische, schwedische, norwegische und finnändische Zeitungen.

* Großba. In der am vergangenen Sonnabend stattgefundenen öffentlichen Gemeinderatssitzung stand der Gemeindetafelnbauplan für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 zur Beratung. Die Entwicklungen betrugen in Einnahmen 84 173,95 M., in Ausgaben 278 089,50 M., sodass ein Surplus von 193 975,55 M. erforderlich wird. Der gesamte durch Steuern zu deckende Bedarf besteht auf 276 000 M. und soll erhoben werden durch Gläubiger mit 234 600 M., Grundsteuer mit 31 441,33 M., Biersteuer mit 158,67 M., Zuwendungsteuer mit 9000,- M. Biersteuer mit 800,- M. Et verteilt sich auf die Gemeindebezirke mit 193 915,55 M., Kirchensteuer mit 3477,98 M., Gottesdienststeuer mit 880,- M., Schulsteuer mit 72 526,52 M., Kirchsteuer mit 5500,- M. Die Bezirke, welche durch Grundsteuer ausdrücklich sind, betragen auf die Gemeindebezirke 19 797,85 M., Schulsteuer 10 878,98 M., Kirchsteuer 825,- M. Es berechnet sich daher auf 1000 M. gemeinen Wert 1,80 M. und zwar zur Gemeindefeuer 1,00 M., Schulsteuer 0,58 M., Kirchsteuer 0,04 M. Für die Gläubigersteuer betragen die Bezirke zur Gemeindefeuer 168 277,46 M., Schulsteuer 61 847,54 M., Kirchsteuer 4075,- M. Es berechnet sich daher hier nach auf 1.000 M. Staatssteuernormalwert 1,20 M. und zwar zur Gemeindefeuer mit 0,88 M., Schulsteuer mit 0,82 M., Kirchsteuer 0,02 M. — Um der immer mehr um sich greifenden Wohnungsentzettel entgegen zu treten, beschließt der Gemeinderat, die bezüglichen ministeriellen Erscheide über Teilung und Abteilung größerer Wohnungen nochmals durch Bekanntmachungen zur öffentlichen Kenntnis zu bringen und sie sodann die Durchführung der Bestimmungen aller Erforderlichkeiten in die Wege zu leiten. — Der Sachverständige für die Dienststellen an der Steinstraße wird in Abberndorf der hohen Kosten für die Einrichtung und des Wasserversorgung auf 30 M. für den m. festgesetzt. Am ganzen sind 176 Häuser vorhanden, wovon 125 auf die Familien in den Neubaugruppen an der Steinstraße entfallen und 51 zur anderen weiten Vergabe zur Verfügung stehen.

Bautewitz 8. M. Gestohlen wurde in der Nacht zum Sonntag, den 7. März aus der verschlossenen Scheune eines Gutsbesitzers mittels Giebeldruckes ein elektrischer Drehschalter (Giebelwerk d. F. & S. Nr. 87455) mit der Firma Gebr. Stoebe, Noblen, im Werte von 9000 Mark. Vor Anfang des gestohlenen Motors wird gewarnt. Sachverständige Wahrnehmungen, auch die geringsten, sollte man bei der bestellten Gembärmerie, Standortstrasse 5, anbringen. Für die Wiederherstellung des Motors und die Errichtung des Tüters ist eine Belohnung von 500 Mark ausgestellt.

Berbersdorf. Auf Bahnhof Berbersdorf verunfallte bei Velsen ein Güterwagen, gefüllt mit Holz, und beschädigt, sie möchten eine etwa für die nächste Zeit beabsichtigte Heimkehr beschleunigen.

Vater, der Rottenblutige Schmied aus Teletz. Viele Dinge transportiert mit dem Kleinwagen. Um auf die Steigung zu kommen zu werden, hängten sie den Kleinwagen an den Haken von 7390. Beim Durchfahren einer Biegung kam ein Holzhäufel ins Auto, wodurch beide vom Wagen stürzen und schwere Verletzungen erlitten, so daß sich ihre Überlebenskraft nach Anlegung eines Notverbandes noch dem Krankenhaus Döhlitz notwendig machte.

Käßlitz. Ein Brand hat das alte, unbewohnte Heimatdorf des Schlesischen Gutes fast vollständig in Asche gelegt, wobei einige Unterstände, eine Habschule, Wiesen, Stroh u. s. m. mit vernichtet worden sind. Ein Feuergefolg steht in dem Verdacht, den Brand angelegt zu haben.

Sport.

Hochball. Sport-Club Jugend in Möhra gegen 18. Sp. D. Jugend 8 : 0. 2. Sport-Club gegen 1. Reitclub. Mon. 2 : 0. 1. M. S. C. gegen 1. R. S. C. 2 : 6. — 2. F. C. 18 spielt in Oelsnitz gegen 2. S. S. C. Oelsnitz 5 : 0.

15. fächerliches Bundesfestgeln in Chemnitz. Für das Ende August in Chemnitz stattfindende 15. sächsische Bundesfestgeln sind die Vorarbeiten im vollem Gange. Von dem Bau einer eigenen Festhalle muß Abstand genommen werden, da eine solche in der gegenwärtigen Zeit nicht errichtet werden kann. Als Erfahrt dient das eigeneheim des Verbundes Chemnitzer Regelfußball mit seinen 16. Boden- und Aufhaußbahnen. Ein besonderes Interesse darfie sich neben den Eisenbahnen diesmal auch der neuerrichteten „Aluminiumbahn“ zuwenden. Als Tage der Abhaltung hat man die Zeit vom 28. August bis 2. September in Aussicht genommen. — Die Bundesversammlung wird sich mit verschiedenen interessanten Anträgen zu beschäftigen haben. Der Verbund Kwidan regt an, den Frauen die Mitgliedschaft im Bunde einzuräumen, da ja Frauen in allen öffentlichen Vereinen und Einrichtungen der Befreiung unter den gleichen Bedingungen wie den Männern mit den gleichen Rechten und Pflichten stehen. — Der Sachsen-Regierungsbund zählt jetzt 7770 Mitglieder.

Kennen zu Dresden. Dem Dresdener Kennverein ist die behördliche Genehmigung zur Abhaltung von 13. Kenntagen mit Totalisatorbetrieb erteilt worden, für die folgende Termine festgesetzt worden sind: 4. und 11. April, 8., 13. und 24. Mai, 13. Juni, 29. August, 5. September, 9., 10., 28. und 31. Oktober. Ob jedoch sämtliche in Aussicht genommenen Kennstage abgehalten werden können, muß vorläufig noch dahin gestellt bleiben. Die Ausschreibungen für die beiden ersten Tage, die gegenüber dem Vorjahr eine bedeutende Erhöhung der Preise aufweisen, sind bereits veröffentlicht worden. Das Programm umfaßt je 5 Rennen und 1 Herren-Jagdrennen. Der erste Tag bringt als Hauptentscheidung den Ehrenpreis-Ausgleich über 1600 Meter, dessen Preis auf 20.000 Mark erhöht wurde, und der zweite Tag, der Dresdner Silber-Ausgleich, 1200 Meter mit 25.000 Mark. Insgesamt sind diese beiden Tage mit 143.000 Mr. Preisen ausgestattet.

Ein Aufstieg aus 12.000 Metern. Ein neuer Höhenrekord ist von einem amerikanischen Flieger unter den schwierigsten und gefährlichsten Umständen aufgestellt worden. In Dayton, Ohio, stieg Major W. W. Schroeder auf einem Wagen um 7:11 Uhr auf und kämpfte 125 Minuten mit den wechselnden Luftströmungen, bis er eine Höhe von 12.000 Metern erreicht hatte. Damit war ein neuer gewaltiger Höhenrekord aufgestellt. Wer als der Meistervater diese Höhe angezeigt, war der Flieger bewußtlos geworden, und bei dem durchdringenden Sturz aus dieser gewaltigen Höhe errettete ihn nur ein Wunder vom Tode. Bei einer Temperatur von 67 Grad unter Null Fahrtentfernen ihm die Augen zu, sodass er jetzt teilweise blind im Kreuzen liegt. Trotz einer elektrischen Drahtvorrichtung, die er mitführte, erschüttert ihn die Glücksfeuer durch die Rüste, und als die Vorrichtung, die ihm Sauerstoff aufpumpt, versagt, verlor er plötzlich das Bewußtsein. Die Maschine kletterte nun, des Flügels beraubt, in rasendem Tempo herunter und fiel innerhalb von zwei Minuten über 8000 Meter, wie sich aus den Registrierapparaten noch erkennen ließ. Der Aufprall rutschte in die Galionspitze ein. Dieser Vorfall aber brachte dem Flieger die Rettung, er wurde nämlich dadurch zum Bewußtsein erweckt, gewann die Kraft über seine Maschine wieder und legte die letzten 2000 Meter in einem Gleitflug zurück, der das Flugzeug fast auf die Erde brachte. Major Schroeder wurde dann wieder bewußtlos und erholt sich langsam im Krankenhaus. Auf viele Kilometer Entfernung hatte man den Absturz der Maschine gesehen, die einen Rauchstreifen hinter sich ließ. Die Leute glaubten, es sei ein Meteor, der herunterkäme. „Ich hatte die feste Wicht, wenigstens 18.000 Meter hoch zu gehen,“ erklärte der Flieger. „Da hörte die Sauerstoffversorgung auf, und es war mir plötzlich, als ob in meinem Kopf eine furchtbare Explosion vor sich ginge. Ich konnte auch meine Augen nicht mehr öffnen. Über als ich plötzlich mein Bewußtsein wiedererlangte, da wußte ich sofort, daß mich nur ein Gleitflug retten könne; ich vollführte meine Handgriffe wie ein Automat und kam glücklich herunter.“

Der Staatsanwalt.

Roman von Arthur Brauner.

84. Fortsetzung.

„Wie sah der Mann aus?“ fragte der Vorsthende die Zeugin. Er hatte einen spiken, dünnen Bart und trug hellen Hosen — mehr weiß ich nicht.“

„Wissen Sie, daß sich der Vorsthende in der Wirtschaft und nicht vielleicht in einer anderen Stadt zugetragen hat?“

„Es war in der Wirtschaft.“

„Darauf befinden Sie sich genau?“

„Ganz genau.“

„Glauben Sie sich den Mann wiederzuerinnern, wenn er jetzt vor Sie tritt?“

„Ich glaube ja — Sicher würde ich ihn am Gang erkennen.“

„So kommen Sie sicher, Zeugin — sehen Sie sich noch vorne, die Augen fest auf Ihre Lider gerichtet. Rufen Sie auf, welcher Mann jetzt hereinkommt. Ich werde Ihnen bis an die Untergangsglocke gehen lassen — vielleicht erkennen Sie ihn am Gang. — Rufen Sie den Nachbediensteten hier herein!“

Atemlose Spannung ist diesen Worten geholt — nichts hört man im weiten Saale als das leise dämmende Knarren der großen Türe, welche der Gerichtsdienner soeben öffnet — ein Mann tritt mit spärlichem Bart und hellen Hosen einen Mann im Anfang der Dreißiger Jahre. Der Ausdruck seines Gesichts, mit Sommersprossen überzähler Gelehrte zeigt lassungslose Verwirrung — der Gang, mit dem er an den Richtertisch tritt, ist unsicher und schlotternd. „Zeugen, erkennen Sie den Mann?“ fragte der Vorsthende.

„Ja — er ist es gewesen! — Ich nehme es auf mein Gewissen!“

Eine atemlose Bewegung geht durch den Saal. Der Richter springt von seinem Stuhl auf, selbst der unerträgliche Gerichtsdienst aus Leipzig lädt die goldene Zigarette klickend auf den Tisch fallen — die Geschworenen lächeln nur mit Mühe die nötige Ruhe bewahren. Das Gerichtsum ohne äußere seine Bewegung mit so lautem Ge-

Stenische Nachrichten und Telegramme

vom 8. März 1920.

Meldungen der Berliner Wogenblätter.

Berlin. In Glensburg wollten gestern die Dänen noch einmal eine Verschau abhalten. Bis in die späten Nachmittagsstunden hinein war in der Hauptstraße fast jeder Verkehr unmöglich. Kopf an Kopf wogen die ersten Menschenmassen unablässig wurden patroliert und gesucht. Die Dänen drohten es nicht zu einer Demonstration, zu der sie umfassende Vorbereitungen getroffen hatten; sie gewannen, wie die Blätter berichten, den Wind, daß die Glensburger deutschen bleiben wollen. — Der „Vorwärts“ lehnt sich weiter sehr scharf gegen den, wie er sagt, „Glensburgerrummel“ auf. Er sagt, seit dem Juli 1914 ist nicht tollimmer mit dem Schicksal des deutschen Volkes gespielt worden als durch ihn. — Die „Wossi“ Zeitung sagt, die Neuerungen aus beiden Dänen der Sozialdemokratie zeigten zur Genüge, wie der Dänenfriede aussehen würde, von dem bei der Bekanntgabe der Kandidatur gesprochen worden sei. — Die „Wossi“ Zeitung beginnt mit der Verdächtigung von Aussagen der Erinnerungen des Grafen Berckhoff und sagt: Werwolfes geschickliches Quellenmaterial enthält der Abschnitt, der den Vertrag Wilsons, im Winter 1916/17 Friedensverhandlungen zwischen Deutschland und der Allgemeinen Zeitung wird von einem Diplomaten darüber, ob sich die Interessen Deutschlands und Frankreichs begegnen, ausgeführt, daß wir in Deutschland die Demokratie brauchen, um ein neues 1914 zu erleben, und daß die Franzosen die Demokratie brauchen, um eine Garantie dafür zu haben, daß berechtigte Ansprüche aus dem Verfallen Vertrag erfüllt und andere, die sich als unmöglich und unbeschreibbar herausstellen, bei einer militärischen Lösung führen.

Deutschstädtische Rundgebungen in München.

München. Am Sonntag mittag fanden auf dem Senatsplatz vor der Feldherrnhalle Rundgebungen statt, die sich hauptsächlich gegen die Ausübung durch Schieber, Wiedereinsteiger und ausländische Juden richteten. Die demonstrirende Menge wurde vor dem Ministerium des Innern von Polizisten der Polizei und der Reichswehr aufgehalten und räumte den Platz, nachdem Vorstandsmitglieder vom Deutschenstädtischen Güter- und Trubelbund, die inzwischen beim Minister Endres vorstellig geworden waren, beruhigende Erklärungen abgegeben hatten.

Frankreich gegen die Revision.

Paris. Die französische Regierung hat ihren Delegierten in London ihre Aufforderung bezüglich des wirtschaftlichen Memorandum überbracht. Diese Aufforderung, die sich lediglich darauf bezieht, daß es Frankreich unmöglich sei, irgendwie verhältnis Revisions des Vertrags von 1919 oder eine Verminderung der Besitzungen der Wiedergutmachungskommission anzunehmen, haben zur Folge gehabt, daß an dem ursprünglichen Text des Memorandums einige Änderungen vorgenommen werden. Andere kleinere Änderungen sind von den Delegierten verlangt worden. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden fortgesetzt.

Bergarbeiterkreis in Frankreich.

Paris. Die französische Regierung hat ihren Delegierten in London ihre Aufforderung bezüglich des wirtschaftlichen Memorandum überbracht. Diese Aufforderung, die sich lediglich darauf bezieht, daß es Frankreich unmöglich sei, irgendwie verhältnis Revisions des Vertrags von 1919 oder eine Verminderung der Besitzungen der Wiedergutmachungskommission anzunehmen, haben zur Folge gehabt, daß an dem ursprünglichen Text des Memorandums einige Änderungen vorgenommen werden. Andere kleinere Änderungen sind von den Delegierten verlangt worden. Die diesbezüglichen Verhandlungen werden fortgesetzt.

Aus der zweiten Zone Schlesiens.

Glensburg. Die internationale Kommission für das nordostdeutsche Abstimmungsgebiet gibt bekannt, es sei zu ihrer Kenntnis gelangt, daß in letzter Zeit Verhandlungen getroffen würden zu dem Zwecke, die Bevölkerung in der 2. Zone dazu zu bewegen, am Abstimmungsstimmung zu fliegen und die Deutschen mit den nationalen Farben zu schmücken. Da diese Agitation vielfach in einer Weise getrieben wird, die gefährlich für die der Bevölkerung zugestrichene Abstimmungsfreiheit sei, so habe sich die Kommission mit Deutlichkeit gestellt, jegliche Flügel, jegliche Flügel, die auch das Ausmischen von Häusern, Fenstern und Eisenbahnen in nationalen Farben in der Zeit vom 12. bis 14. einschließlich zu verbieten. Zuverhandlungen werden bestrebt.

Sorau. Hier fand gestern eine von der Landesbehörde veranstaltete mächtige Kundgebung für die deutschen Brüder und Schwestern in der zweiten Zone statt.

Amerika und der Völkerbund.

Washington. Mit 46 gegen 25 Stimmen hat der Senat neuerlich den Vorbehalten zum Friedensvertrag eingestimmt, wonach die Vereinigten Staaten es ablehnen, an den Auslagen des Völkerbunds ohne Zustimmung des Kongresses der Vereinigten Staaten mit tragen zu helfen. Friedensverhandlungen zwischen Russland und Finnland.

Görlitz. Zwischen der Rätebergierung und Finnland wurde durch Notenwechsel vereinbart, die Feindseligkeiten in den Grenzgebieten eingestehen. Es dürften Friedensverhandlungen bevorstehen.

Uthleit, daß es sich einen Ordnungsrat seitens des Vorsthenden zusieht, der mit bedeckter Stimme erzielt wird.

Der Staatsanwalt. Nur der Staatsanwalt liegt inmitten aller der wogenden Unruhe wie festgemetzt auf seinem Platz — in dem ersten Anteil zog seine Rüstel, das graue Auge nicht mit einem blickenden Blick das Gesicht der Angeklagten, aber die hat es tiefer in den Boden gekriegt — nur ein schmaler Streifen des Stoßes ist sichtbar, und der ist bleich.

Finden Sie schon vorbestraft, Zeuge Hoch?“ beginnt der Vorsthende das Verhör.

„Ja — ich habe zwei Monate Gefängnis wegen Diebstahl eben abgesessen.“

Weshalb erhielten Sie Ihre Strafe?

„Wegen meines Wahns.“

Was ist das für ein Wahns?

„Ich muß in der Nacht, wenn es mondhell ist, überall einsteigen — auch in Wohnungen.“

Finden Sie in diesem Wahns schon öfter in solche Wohnungen eingestiegen?

„Sovielmal.“

Was haben Sie damals mitgenommen?

„nein ganze Kiste mit Sachen — die nahm ich in meinem Wagen mit.“

Zeuge Hoch — kennen Sie die Villa, in der das Pensionat hatte gelegen?

„Trotz ja — ich habe sie aber erst nachträglich kennengelernt, hoher Gerichtshof.“

Zeuge Hoch — ich ermahne Sie jetzt, die volle Wahrheit zu erzählen. Sie müssen es auf Ihren Eid nehmen.

Die Zeugin hier behauptet, Sie in einer Nacht an dem Fenster eines Hauses bestohlen geschen zu haben, das in unmittelbarer Nähe des Pensionats hatte liegt. — Was sagen Sie dazu?

„Ich weiß es nicht.“

So bestimmen Sie sich! Diese Nacht soll die Nacht gewesen sein, in welcher der furchtbare Mord geschehen.

Zeuge Hoch, sind Sie in dieser Nacht in der Kärrstraße gewesen?

„Ich weiß es nicht.“

Ist es möglich, daß Sie in dieser Nacht in der Kärrstraße gewesen sind?“ fragt der Vorsthende immer wiederholender.

„Rein, das leugne ich nicht — ich habe es dort vergessen.“

Gemeindes.

Beschlagnahmes Gold und Silber. Die Grenzpolizei in Glensburg hat im D-Bug vier nach Polen reisenden Schleibern zwei Rentner zu Pfund Gold und Silber abgenommen.

Girchennachrichten.

Niela. Mittwoch 7:30 Uhr Bibelstunde (Friedrich).

Gröba. Mittwoch abends 8 Uhr in der Kirchschule Bibelstunde, P. Winkler.

Frächer

mit 2 Bänden am 29. 2. verloren. Geg. hohe Bel. bitte abha. im Niel. Tabl.

Verloren

am Sonnabend überall in Niel. Abha. gegen Bel. Handtbl. 29. 2.

Sonntag abend auf dem Wege von Jahnleben nach Viezel Eiserne Kreuz 2. Ab. verloren. Geg. gute Bel. abha. Schlosskr. 33. 2.

Wöhl. Zimmer

in Gröba gefucht. Kontrollen C. Müller.

Sparkasse Gröba.

die die doppelte Buchführung durchaus beobachtet und im Wahrheitsfall beweist. Dankschriftliche Offerten mit Bild, Segensabschriften, Anrede des Alters und der Geburtstagsfeier unter J. T. 4684 an das Tabl. Niela erbeten.

Kfm.-Loehring

ein Jahr für Landarbeit, ein bis zwei Jahre Abt. Export wird eingekauft. Gelegenheit, sich unter persönlicher Leitung praktisch und souverän auszubilden. Angebote unter K. II 611 Invalidenbank Dresden.

Gewerker, gewissenhafter, selbständiger

jünger Mann,

guter Pferdepfleger und Fahrer, sowie antikell zu den allgemein vorkommenden Arbeiten wird gefucht. Rost und Wohnung wird gewährt. Veräußerlichungen werden nur Gutempföhle.

Angebote unter K. II 4688

an das Tagblatt Niela.

Magd

sofort gefucht.

Gutsbel. Paul. Weißthener.

Ostermädchen

als Aufwartung gef. 15. März

ab. 1. April. Blumenstraße,

Wettinerstr. 35. 2.

Aufwartung

bei gutem Lohn sofort gefucht.

Orteil. Wettinerstr. 15.

Bürokrat

zuverlässiges

Hansmädchen

sucht für 1. April

Zentral-Lichtspiel-Theater Gröba.

Donnerstag, den 18. März 1920

findet in Torgau

Vieh- und Pferdemarkt

Mitt. Stättigeld wird nicht erhoben.

Torgau, den 2. März 1920.

Die Polizei-Verwaltung.

Brikett-Ausgabe

Riesa-Land

Dienstag, den 9. März, vormittags 7-11 Uhr rückständige
Ostobermarken.

C. F. Förster.



Gröba-Riesa
Försterstr. 179.

Pferdeverkauf.

Mittwoch, den 10. März,
stelle ich wieder einen frischen
Transport bester
oldenburger Wagen,
sowie belgische Arbeitswagen,
5-8 Jahr alt, darunter prima
Dachstuten, bei mir z. Verkauf.

Paul Richter.

Bierschräger

Arbeiter und Arbeiterinnen

werden sofort eingestellt
Nieder-Bräuerei, Niederlage Riesa

- Dettinerstraße 26. -

Hucht-Lauben

jeden Mittwoch zu verkaufen
in Webers Restaurant.

Handwagen

zu verl. Gröba, Steinstr. 24.

Gute Auto

zu kaufen. Nähere Beschei-
bung mit Angabe von Marke,
Jahre u. dauerst. Preis an

Bauer, Chemnitz

Gelenkstr. 36.

Unterh. G.-Fahrrad
mit Gummirierung und
Freilauf, sowie

Unterh. G.-Fahrrad
ohne Bereifung und Freilauf
preiswert zu verkaufen

Bismarckstr. 17, v. r.

Geb., noch guterhalt.

Herren-Fahrrad

ohne Bereifung zu verkaufen

Weihbauer Nr. 15c.

Unterh. 10.00. Damenschuhe

i. mittl. Peron u. Kleiderrock

w. zu kaufen geucht.

Offerter unter P.T. 4681

an das Tafel. Riesa erbeten.

Neue schw. Hose

zu verkaufen. Zu erfragen

im Tageblatt Riesa.

Ein Herrenanzug,

neu, ist billig zu verkaufen

Bismarckstr. 15c.

Ede Schillerstr. im Laden.

██████████

Für die vielen Aufmer-

ksamkeiten anlässlich unserer

Vermählung danken allen

recht herzlich.

Willy Haberland und Frau

geb. Niedel.

Riesa, 8. März 1920.

██████████

Für die uns am Tage unserer Silberhochzeit

dargebrachten Glückwünsche, Grüungen und

überaus schönen Geschenke

danken aufs herzlichste.

Weida, am 8. März 1920.

Schneidermeister Th. Birk und Frau.

Für die uns anlässlich unserer Vermählung

dargebrachten Glückwünsche und Geschenke sagen

mit hierdurch unseren herzlichsten Dank.

Riesa, im März 1920.

Arno Killian und Frau

Elisabeth verw. gew. Diez geb. Weidner.

Für die uns anlässlich unserer Silberhochzeit

dargebrachten Glückwünsche u. schönen Geschenke

sagen hiermit

herzlichsten Dank.

Riesa, 5. 3. 20.

Baumeister Reinhardt und Frau.

Heute zum letzten Male: „Die Fahrt ins Blaue“, mit Henry Borden.

Dienstag, den 9. bis Donnerstag, den 11. März:

Der Wildmeister

Schauspiel in 4 Akten. In der Hauptrolle: Bruno Rechner.

— Dazu das originelle Lustspiel: Galoschen des Glücks. —

Vorzugskarten in der Schubfiliale R. Mohberg, Georgplatz.

Um gültigen Bulletruch bittet die Bellherin Anna Bach.

Kammer-Lichtspiele

Riesa, Hauptstr. 1.

Den großen Österreich-Bloßlob-Schlag

„Nachtgestalten“

den man nur noch heute sieht, müssen Sie sich ansehen.

Ab Dienstag bis Donnerstag

„Das Spiel von Liebe und Tod“

Drama in 5 Akten. — In der Hauptrolle Hella Moja.

Grammophon-
platten, gebrauchte, Schallad.,
Schall. ac. laut Wintler, Berlin
Bismarckstr. 120.

Düngekalk
empfiehlt ab Lager
G. Heinig, Langenberg.

Nach ca. 4 Jahren
guten Lehmt,
ca. 3 Kuben Sandstein
u. 150 Klauesteinen
sofort abzuhaben.
Hotel Deutsches Haus.

Shellack Vell. Blatt-
gold, Mater-
ialfehl fehlt
Waffers Garbenhd. Berlin
Bismarckstr. 120.

Fahrrad-Gummi
billig !!!
Vell. Sie ist. Preisliste
kostenlos. G. Müller
Leibniz-Go. Luisenstr. 6.

Schuhcreme
hat billig abzugeben
Erwin Erhardt,
Paulsenstr. 10.

Mottfleesaat
hat noch abzugeben
Wilhelm, Dörschnit
bei Lommelich.

Hygienische
Frauen-Artikel
Muttercremen, Tropfen, Bin-
den, Gummivare u. v. Ver-
langen S. Broppelt, Frau
Dennig, örtl. gepr. Massen-
kunst (Elbe), Nähe Neumühle.

Klavier- u. Zitherstimmen
Carl Bulze, Bahnhofstr. 82.

Achtung!
Morgen Dienstag früh
von 8 Uhr ab

frische grüne Heringe
empfiehlt billig jedes Quantum

Friedrich Koch, Bismarckstr. 30.

Für alle liebenwollen Beweise herzlicher Teil-
nahme in Wort, Schrift und herzlichem Blumen-
schmuck beim Hinscheiden unserer lieben Mutter

Frau

Wilhelmine verw. Herzog
geb. Naumann

danken aufrechtig.

Zeithain, 6. März 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Gestern früh nahm Gott meinen leichten Halt
und meine Stütze, meine Liebe, gute

Erna

und unsere liebe Schwester im blühenden Alter
von 17 Jahren nach kurzer, aber schwerer Krank-
heit wieder zu sich. In tiefer Trauer

Frau Pauline verw. Grobberg

geb. Seemann.

Riesa, Bismarckstr. 61, 8. 3. 1920.

FRIEDA TIEGEL

OTTO KLEMM

VERLOBTE.

LANGENBERG SA.

CHEMNITZ-BOBERSEN

MÄRZ 1920.

Für die uns beim Heim-
gang unseres kleinen Lieb-
lings Werhard begegte An-
teilnahme danken wir hier-
mit herzlichst.

Riesa, 8. März 1920.

Georg Wolf und Frau.

Hubert, du liebst,

gutes Kind,

Bin wir nicht wieder
bei dir sind!

Die heutige Nr. 81 kostet
4 Seiter.